

II-5792 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2886/1J

1392-05-06

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschober, Langthaler, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Stromlieferverträge mit der Ukraine und Aktivitäten österreichischer Unternehmen im Nukleurbereich

Während immer mehr Wissenschaftler und Techniker vor der atomaren Bedrohung durch veraltete RBMK und WWER Reaktoren warnen, und die Sinnhaftigkeit von Nachrüstungen anzweifeln, werden im Schatten der Europäischen Energiecharta -auch von Österreich- verstärkt Stromlieferverträge mit den betreffenden Staaten abgeschlossen. Es ist zu befürchten, daß durch das Preisniveau dieser Verträge, aber auch durch neu entstehende Sachzwänge der Ausstieg aus der Kernenergie, und somit die Schließung maroder Reaktoren verzögert oder behindert wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

ANFRAGE:

1. Die Verbundgesellschaft hat mit der Ukraine einen Stromliefervertrag für 15 Jahre in der Gesamthöhe von 10.800 GWh abgeschlossen. Die vom Verbund angegebene maximale jährliche Liefermenge beträgt 780 Millionen kWh, das entspricht während der 4 Wintermonate einer bereitgestellten Leistung seitens der Ukraine von rund 330 MW, also drei Viertel eines 440 MW-Reaktors, bei einem Preis von rund 70 Groschen für die Kilowattstunde. Erachten Sie diese Verträge als für den Ausstieg aus der Kernenergie förderlich?
2. Kann ausgeschlossen werden, daß der zu liefernde Strom den Weiterbetrieb eines RBMK- oder WWER-Reaktors mitverursacht?

3. Haben Sie Kenntnis davon, ob die im Gegenzug für die Stromlieferungen aus der Ukraine sanierten Anlagen Teil eines Grundsatzkonzeptes sind, welches die Substitution von Kernkraftwerken zum Ziel hat, bzw. kann ausgeschlossen werden, daß das niedrige Preisniveau der Stromlieferungen und generell diese Zahlungsform negative Auswirkungen auf notwendige Reform- und Ausstiegsschritte in der Ukraine hat?
4. Welche Anlagen werden konkret in welcher Weise und mit welcher Zielsetzung saniert?
5. Haben Sie Kenntnis von ähnlichen abgeschlossenen oder vorbereiteten Stromlieferverträgen, wenn ja, über welchen Zeitraum und welches Leistungs- und Finanzvolumen erstrecken sich diese?
6. Trotz des eindeutigen Willens der österreichischen Bevölkerung, den Ausbau der Kernenergie zu verhindern, scheint in der Zeitschrift "nucleonics week" vom 9. April Österreich anlässlich einer Konferenz am 3. April in Warschau als ein Mitglied der internationalen Gruppe der 27 "nuclear supplier states" auf. Entspricht dieser Bericht den Tatsachen?
7. Sind die dieser Mitgliedschaft zugrunde liegenden Aktivitäten mit dem Ziel der Förderung des Ausstiegs aus der Kernenergie vereinbar?
8. Welche österreichischen Unternehmen oder Tochterfirmen internationaler Unternehmen mit Sitz in Österreich sind in derartige Zulieferungen involviert?
9. Welche Teile, Anlagen oder Leistungen werden von den jeweiligen Unternehmen angeboten?
10. Welche atomaren Anlagen wurden von den jeweiligen Unternehmen beliefert, und welches Umsatzvolumen hatten die jeweiligen Aufträge?
11. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß derartige Aktivitäten in Hinkunft nicht mehr möglich sind, bzw. die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden?
12. Werden Sie sich jedenfalls dafür einsetzen, daß derartige Aktivitäten in Hinkunft meldepflichtig sind?
13. Bei der sogenannten Kooperation beim Bau der Save-Wasserkraftwerke in Slowenien beabsichtigen die österreichischen Vertragspartner, über einen Zeitraum von 30 Jahren mehr als 60% der daraus gewonnenen Strommenge nach Österreich zu importieren, sodaß durch diese Form der Zahlung erst recht unnötig hohe zusätzliche Kapazitäten erforderlich wären, um Krsko stillzulegen. Halten Sie diese Vertragsform als vertretbar im Sinne der raschestmöglichen Schließung von Krsko?
14. Der jüngste Störfall in Krsko vom 5. Februar führte zu (möglicherweise beabsichtigten) Stromabschaltungen am 6. Februar in Slowenien. Hätte ein Zusammenbruch der Stromversorgung durch österreichische Lieferungen in der Höhe von rund 90 MW vermieden werden können?

15. Wurde seitens Slowenien an diesen Tagen gemäß UCPTE-Abkommen um Hilfe bei einem Landes- oder dem Bundeslastverteiler ersucht, und wie wurde dieses Ersuchen beantwortet, bzw. wurde eine gewisse Leistung zur Verfügung gestellt?
16. Wenn nicht, wäre zu diesem Zeitpunkt die Leistung seitens Österreich zur Verfügung gestanden?
17. Die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) wollen mit den CSFR-Elektrizitätswerken einen Zehnjahresvertrag für den Bezug von jährlich 650 Millionen Kilowattstunden Strom abschließen. Schweizer Atomgegner befürchten, daß damit die Schließung von Kernkraftwerken behindert wird. Bestehen Abkommen zwischen Österreich und der Schweiz, bzw. liegen Ansuchen vor, wonach diese Lieferungen über österreichische Leitungen oder Gleichstromkurzkopplungen geführt werden sollen?
18. Wenn ja, in welchem Ausmaß und während welcher Monate würden durch diese Lieferungen Kapazitäten belegt?
19. Bestehen diesbezügliche Verpflichtungen aufgrund einer finanziellen Beteiligung von Schweizer Gesellschaften an der seinerzeitigen Errichtung der Gleichstromkurzkopplung Dürnrohr?
20. Teilen Sie die Befürchtungen der Schweizer Atomgegner?
21. Im Juli 1991 schlugen Sie anlässlich der damaligen Bohunice-Diskussion vor, Hilfsmaßnahmen in der Höhe von 10 Milliarden öS bereitzustellen, bzw rund 80 Energiewendeprojekte zu unterstützen oder zu realisieren. In welchem Realisierungsstadium befinden sich diese Vorschläge und Projekte für die CSFR derzeit, bzw. werden diese mit den Ministerkollegen und den Erstellern der Studie "Möglichkeiten der Effizienzsteigerung in der CSFR Energiewirtschaft" koordiniert?
22. Im Unterausschuß des Handelsausschusses bezüglich grenznaher Kernkraftwerke am 5. 6. 1991 versprach Frau Staatssekretärin Fekter die "Förderung der Bereitstellung von Beteiligungskapital im Volumen von 5 Mrd. öS", inwieweit wurde dies realisiert, bzw. welche Projekte in der CSFR sind davon betroffen?